Islam · Kultur · Politik

BEILAGE ZUR POLITIK UND KULTUR

Januar – Februar 2013 www.kulturrat.de ISSN 2191-5792 · B 58 662

Gleichberechtigung für Muslime schaffen

Über unsägliche Debatten und positive Entwicklungen in Deutschland / Von Katajun Amirpur

Rubati Mitsaeva am Fenster ihrer Exilwohnung in Deutschland. In Tschetschenien leitete sie die Hilfsorganisation »Weißes Tuch«, verlor ein Kind während einer Säuberungsaktion, wurde gefoltert, vergewaltigt und flüchtete.

Als Deutsche muslimischen Glaubens musste man sich hier zuweilen in den letzten Jahren fremdschämen. Denn die Debatten, die in unserem Lande geführt werden, waren und sind manchmal unsäglich. Thilo Sarrazins Buch »Deutschland schafft sich ab« und die Beschneidungsdebatte sind dafür nur die herausragenden Beispiele der letzten Monate und Jahre. Es ist mir als Deutsche ein absolutes Rätsel, wie man so unsensibel, pietätlos, geschichtsblind etc. sein kann, in diesem Land Juden die Beschneidung verbieten zu wollen.

Von den Muslimen braucht man hier gar nicht zu reden. Was uns Muslime anbelangt, so haben wir es bloß als weiteres Zeichen für das gesehen, was ohnehin viele vermuten: Dass der Islam eben nicht zu Deutschland gehören soll. Grund für ein Unbehagen gibt es ja nicht erst jetzt. Bedenklich genug ist schließlich, wie der Reihe nach Migranten muslimischen Glaubens umgebracht werden, ohne dass der Verfassungsschutz die offenkundig völkisch-nationalen Motive erkennt. Aber wie man angesichts der deutschen Vergangenheit eine Entscheidung wie das Beschneidungsurteil gegenüber deutschen Juden vertreten kann, ist noch einmal eine andere Sache – und schier unfassbar.

Im Kontext der Beschneidungsdebatte und der Debatte um das Sarrazin-Buch findet das Wort »Fremdschämen« hier seine Berechtigung, weil man plötzlich das Gefühl hat, nicht mehr dazuzugehören. Debatten dieser Art führten dazu, dass auch die Muslime, die es nie wollten, sich fremd fühlen in diesem Land. Das scheint mir eine sehr beunruhigende Entwicklung zu sein: Wenn selbst die, die immer integriert waren, sich nicht mehr zugehörig fühlen. Doch man konnte als Deutsche muslimischen Glaubens und zugewanderte Hanseatin in diesem Jahr auch stolz sein auf etwas. Gäbe es das Wort, würde man es »Fremdstolzsein« nennen, was ich hier empfinde. Es ist Anlass zum Stolz aller Hamburger, dass der Staatsvertrag mit den Muslimen und den Aleviten zu Stande gebracht wurde. Hamburg nimmt hiermit bundesweit eine Vorreiterrolle ein. In vielem hat der Vertrag symbolischen Charakter. Aber auch das ist viel. Und eine konkrete Rechtsänderung ergibt sich beispielsweise bei der Regelung über die Feiertage. Die höchsten islamischen und alevitischen Feiertage, drei an der Zahl, sollen den Status kirchlicher Feiertage, vergleichbar mit dem Reformationstag, Fronleichnam oder dem Buß- und Bettag, erhalten. Schüler können an solchen Tagen Unterrichtsbefreiung verlangen, Arbeitnehmer können frei nehmen. Eine ähnliche Regelung gibt es bereits für nicht-gesetzliche christliche Feiertage. Zudem wird der an den staatlichen Schulen erteilte »Religionsunterricht für alle in evangelischer Verantwortung« (Hamburger Modell) mit dem Ziel einer gleichberechtigten Beteiligung auch der islamischen und alevitischen Religionsgemeinschaften weiterentwickelt.

Der Vertrag nimmt die Muslime aber auch in die Pflicht – und auch das zu Recht. Die islamischen Verbände bekennen sich zur »vollständigen Geltung und Achtung der staatlichen Gesetze«, also beispielsweise auch zur Gleichberechtigung von Mann und Frau. Das ist zwar eine Selbstverständlichkeit für den Großteil aller hier lebenden Muslime, aber es kann ja nicht schaden – auch und vor allem gegenüber der Mehrheitsgesellschaft – dies auch vertraglich festgelegt und somit noch einmal betont zu haben.

Wer baut, der bleibt, sagt der Volksmund. Und wer Verträge schließt, auch. Die Muslime fordern hier keine Sonderrechte für sich als Gäste, sondern Gleichberechtigung, weil sie deutsche Staatsbürger sind. Durch solche Regelungen werden die Muslime heimisch, ihre Religion wird deutsch, ebenso wie ihre Sprache. Mit solcher Gleichberechtigung ist der Integration wirklich gedient – weit mehr als unzählige nervtötende Debatten, ob der Islam denn nun ein bisschen, ganz oder vollständig zu Deutschland gehört oder doch »nur« die Muslime. Wer auf staatlicher Seite Verträge schließt, akzeptiert, dass das Gegenüber bleiben will – und er akzeptiert das Gegenüber. Einzelne grummeln zwar noch immer, attestieren den Muslimen an sich und per se, dass sie nicht vertrauenswürdig seien und vermutlich vertragsbrüchig würden. Aber diese vereinzelten Unkenrufe ändern nichts daran, dass die Politik in Hamburg insgesamt und vor allem angesichts der herrschenden Verhältnisse im Land einen großen Schritt auf die über 100.000 Muslime, die im Stadtstaat leben, zu gemacht hat. Deshalb ist der Vertrag doch ein Meilenstein und nicht nur eine Selbstverständlichkeit, wie Olaf Scholz im hamburgischen Understatement formulierte. Er trägt der Tatsache Rechnung, dass die multi-kulturelle und multi-religiöse Gesellschaft auch in Deutschland eine Realität ist – und keine grüne Spinnerei wie Claudia Roth einmal passend formulierte. Das anzuerkennen sollte eine Selbstverständlichkeit sein, ist es aber nicht. Umso schöner, dass Hamburg seinen Ruf als Hauptstadt des interreligiösen Dialogs mit diesem Staatsvertrag nochmals bestätigt.

DIE GEBÜRTIGE KÖLNERIN KATAJUN AMIRPUR IST SEIT OKTOBER 2011 PROFESSORIN FÜR ISLAMISCHE THEOLOGIE/ISLAMISCHE STUDIEN AN DER UNIVERSITÄT HAMBURG ■

Zu den Bildern

Islamisches Leben in Deutschland ist nicht nur der relativ bekannte Alltag von langjährig hier lebenden Migranten. Islamisches Leben findet auch in Flüchtlings- und Asylbewerberheimen statt. Der Fotograf Meiko Herrmann widmet sich in diesem Dossier der Tschetschenischen Diaspora. Der russisch-tschetschenische Krieg ist der längste und blutigste Konflikt in Europa. Täglich lassen Menschen ihre Häuser, die Gräber ihrer Liebsten und Angehörige zurück, um in ein sicheres Zielland zu flüchten, weil sie um ihr eigenes Leben und das ihrer Kinder fürchten müssen. Systematische Verfolgung und Vernichtung kann jeden in Tschetschenien treffen, der eine andere politische Sicht hat. Das von Russland eingesetzte Regime kennt keine Grenzen der Gewalt, um seine Macht auszubauen. In Deutschland beantragen viele dieser Menschen politisches Asyl und bauen ihr Leben in einer fremden Kultur neu auf. Ihr Glaube und ihre Traditionen sind der einzige Anker in ihre Heimat. Meiko Herrmann arbeitet an einem Langzeitprojekt über staatenlose Völker und deren Kampf um Selbstbestimmung gegen staatliche und institutionelle Gewalt. 2010 gewann er mit einer Bildstrecke aus dem Gazastreifen einen World Press Photo Award. ■ *www.meikoherrmann.de*

Zwei Jahre spannende Debatten

Die Dossiers »Islam · Kultur · Politik« / Von Olaf Zimmermann und Olaf Hahn

Vor genau zwei Jahren, in der Ausgabe 1/2011 der Zeitung Politik & Kultur, erschien das erste Dossier Islam · Kultur · Politik. Es war ein Experiment. Ein Experiment, ein Thema, bei dem Kultur und muslimisches Leben miteinander in Beziehung gesetzt werden, prominent in einem vierzigseitigen Dossier darzustellen. Ein Experiment, dieses Dossier in einer Mehrauflage zu drucken und diese gesellschaftlichen Multiplikatoren zur Verfügung zu stellen. Das Erfreuliche ist, dass dieses Experiment gelungen ist und Anlass war, sechs weitere Ausgaben von Islam · Kultur · Politik als Beilage zu Politik & Kultur zu veröffentlichen.

Uns ging es insbesondere mit dem ersten Dossier darum, die Debatte um den Islam in Deutschland zu versachlichen. Themen waren: die Vorstellung des Islams als eine der drei Buchreligionen (Judentum, Christentum, Islam), die Auseinandersetzung mit der Darstellung des Islams und von Muslimen in den Medien, die Ansätze zur Etablierung islamischer Theologie an deutschen Hochschulen und anderes mehr. Dieses erste Dossier Islam · Kultur · Politik erschien während einer aufgeregten Debatte um das Buch von Thilo Sarrazin »Deutschland schafft sich ab«. In den öffentlichen Diskussionen wurden sehr unterschiedliche Themen wie die Frage nach der Integration hier lebender Zuwanderer, nach Bildungschancen und -gerechtigkeit für

Es ging vor allem darum, die Debatte um den Islam in Deutschland zu versachlichen

Menschen verschiedener Herkunft und die Frage nach der Bedeutung des Islam, als drittgrößter Religionsgemeinschaft in Deutschland, vielfach vermischt. Teilweise wurden Vorurteile geschürt, Erreichtes in der Zuwanderungspolitik in Frage gestellt. Der interreligiöse Dialog wurde unzureichend wahrgenommen und es wurde ausgeblendet, dass sich in Deutschland längst eine Szene von Intellektuellen muslimischen Glaubens etabliert hat und dass es überdies viele Journalisten und Künstler gibt, die einer anderen Religionsgemeinschaft oder auch gar keiner angehören, die sich qualifiziert mit dem Islam befassen. Für den Deutschen Kulturrat waren die Reaktionen auf dieses Dossier eine Bewährungsprobe. Es gingen Drohbriefe ein, wüste Beschimpfungen erreichten uns per Mail und mehr als einmal wurde die Frage gestellt, wie sich ein Deutscher Kulturrat mit dem Thema Islam befassen könnte. Auch verbandsintern löste das Dossier heftige Debatten aus. Es wurde die Frage gestellt, ob sich ein Kulturverband mit dem Islam befassen könne, der doch ein Bilderverbot habe und die kunstbefreiende Aufklärung nicht durchlebt hätte.

Zugleich war viel Zuspruch zu hören. Dass innerhalb von zwei Wochen die 10.000 gedruckten Exemplare des Dossiers vergriffen waren, spricht eine deutliche Sprache. Es wurde von Hochschulen, von Bibliotheken, von Moscheen, von Evangelischen und Katholischen Akademien, den politischen Stiftungen, von Kirchengemeinden und von vielen Privatpersonen nachgefragt. Die Nachfrage überstieg die Zahl der gedruckten Exemplare um ein Vielfaches. Es bestand offenbar ein Bedarf nach der Auseinandersetzung mit dem Spannungsfeld von Islam, Kultur und Politik. Allein von der Website des Deutschen Kulturrates wurde das Dossier über eine Million Mal heruntergeladen. Zusätzlich ist es auf den Seiten der Robert Bosch Stiftung sowie verschiedenen anderen Organisationen als pdf-Datei erhältlich.

Den Deutschen Kulturrat erreichten viele Bitten, die Beschäftigung mit dem Thema fortzusetzen und weitere Dossiers zur Verfügung zu stellen. Das war eine Ermutigung für die herausgeberische Entscheidung dem Dossier noch sechs weitere Beilagen zu Politik & Kultur unter dem Titel »Islam . Kultur . Politik« folgen zu lassen. Die Robert Bosch Stiftung hat auch diese weiteren Ausgaben finanziell unterstützt und an der inhaltlichen Planung sowie Schwerpunktsetzung mitgewirkt. Die Beilagen beschäftigten sich mit der muslimischen Zivilgesellschaft, der Debatte um den Moscheebau in Deutschland, dem kulturellen und gesellschaftlichen Bruch des 11. September 2001, einer spezifischen muslimischen Jugendkultur und vieles andere mehr. Uns war wichtig, nicht nur über Muslime oder die muslimische Community zu schreiben, sondern sie selbst zu Wort kommen zu lassen. Diese Ausrichtung ist der Robert Bosch Stiftung auch in ihren anderen Projekten zum Islam in Deutschland wichtig – ob in der Fortbildung von Moscheegemeinden oder der Arbeit mit jungen Muslimen.

Im Deutschen Kulturrat fanden, wie erwähnt, spannende Diskussionen darüber statt, inwiefern

Menschen unterschiedlichen Glaubens sollen am kulturellen Leben teilhaben

sich überhaupt mit der Arbeit von Religionsgemeinschaften auseinandergesetzt werden sollte und ob eine Beschäftigung mit Religion nicht letztlich ein Rückfall in die Zeit vor der Aufklärung darstellt. Andererseits fühlten sich viele ermutigt, sich stärker mit der Wechselwirkung von Religion, Gesellschaft und Kultur auseinanderzusetzen. Für das Jahr 2013 ist eine verbandsinterne Arbeitsgruppe geplant, die sich mit der Frage Kultur und Religion befassen soll. Die genaue Aufgabenstellung wird derzeit erarbeitet.

Erfreulich ist, dass im gerade neu eingerichteten Arbeitskreis Kultur bildet. des Deutschen Kulturrates ganz selbstverständlich Vertreter der Evangelischen und Katholischen Kirche, des Zentralrats der Juden und des Koordinationsrats der Muslime teilnehmen und im Arbeitskreis über Aktivitäten im Bereich der kulturellen Bildung berichten. Dieser Arbeitskreis ist ein Bestandteil der Dialogplattform Kulturelle Bildung des Deutschen Kulturrates. Diese Dialogplattform hat das Ziel die Debatte um kulturelle Bildung über den Kreis der originär mit dieser Fragestellung befassten Akteure zu verbreitern und die Diskussion zu vertiefen. Insofern ist es besonders erfreulich, dass Vertreter der muslimischen Community an dieser Dialogplattform und speziell im Arbeitskreis Kultur bildet. mitwirken.

Aber auch über den Kulturbereich hinaus hat sich die Zusammenarbeit mit der muslimischen Community verstärkt. Das Bündnis für Gemeinnützigkeit, der Dachverband der großen zivilgesellschaftlichen Dachorganisationen wie Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Bundesverband Deutscher Stiftungen, Deutscher Kulturrat, Deutscher Naturschutzring, Deutscher Olympischer Sportbund, VENRO, will den Dialog mit muslimischen Verbänden verstärken und strebt eine Zusammenarbeit an.

Mit Blick auf den originären Kulturbereich ist festzuhalten: Eine Kulturpolitik, die sich seit den 1980er-Jahren als Gesellschaftspolitik versteht und über Kunstpolitik hinausgeht, ist gefordert sich mit den gesellschaftlichen Veränderungen auseinanderzusetzen. Kulturelle Teilhabe heißt nicht, betulich Migranten an die Nutzung von Kultureinrichtungen heranzuführen, damit sie sich mit der europäischen Kunst auseinandersetzen. Kulturelle Teilhabe heißt, dass Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft, verschiedenen Glaubens und mit einem differenzierten gesellschaftlichen Hintergrund am kulturellen Leben teilhaben. Das bedeutet eine Öffnung von Kultureinrichtungen. Kulturelle Teilhabe heißt ebenso die Veränderungen künstlerischer Ausdrucksformen in Folge einer heterogenen Gesellschaft wahrzunehmen. Moscheen bereichern unser Stadtbild und architektonisch gelungene Beispiele sollten ein Ansporn sein, diesen Weg weiter zu beschreiten.

Auch wenn diese Beilage die Reihe Islam · Kultur · Politik abschließt, wird es nicht das Ende der Beschäftigung mit dem Thema sein. Voraussichtlich werden die Beiträge in einer neuen redaktionellen Zusammenstellung als ein Band in der Reihe »Aus Politik & Kultur« erscheinen. Die erwähnte Zusammenarbeit im Arbeitskreis Kultur bildet. wird bis zum Jahr 2016 andauern. Und es werden sich sicherlich noch viele weitere Anknüpfungspunkte der weiteren Zusammenarbeit ergeben.

OLAF ZIMMERMANN IST HERAUSGEBER VON POLITIK & KULTUR UND GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES. OLAF HAHN IST DIREKTOR DES PROGRAMMBEREICHS BILDUNG, GESELLSCHAFT UND KULTUR DER ROBERT BOSCH STIFTUNG ■

Frau Mitsaeva beim Gebet mit ihren zwei Töchtern. In russischer Gefangenschaft hatte sie einen Tagtraum von einem weisen Mann, der mit ihr betete. So fand sie wieder zurück zum Glauben und überlebte schreckliche Zeiten.

Aufklärung ist der Schlüssel zur Verständigung

Gabriele Schulz im Gespräch mit Aiman Mazyek

Rubati Mitsaeva mit ihrem Sohn Mohammed. Dieser erblickte das Licht der Welt in russischer Gefangenschaft. Frau Mitsaeva war mit ihm schwanger, als sie bestialisch gefoltert wurde. Aufgegeben hat sie bis heute nicht.

Vor zwei Jahren erschien das erste Dossier Islam · Kultur · Politik. Aiman Mazyek hat den Deutschen Kulturrat bei der Erstellung beraten. Politik & Kultur fragt nach, was sich in den vergangenen zwei Jahren getan hat.

Herr Mazyek, vor gut zwei Jahren haben Sie uns bei der Erstellung des ersten Dossiers Islam · Kultur · Politik beraten. Wenn Sie die letzten zwei Jahre Revue passieren lassen, können Sie Veränderungen in der Wahrnehmung von Muslimen in Deutschland feststellen?

In jedem Fall: Vor allem sind qualitative Veränderungen auszumachen. So ist beispielsweise die Berichterstattung über den Islam sachlicher und fundierter geworden. Auch die Beilage Islam · Kultur · Politik hat hierzu einen Beitrag geleistet. Worunter aber die muslimische Community aber nach wie vor zu leiden hat, sind die Vermischungen, die teilweise nach wie vor anzutreffen sind. So werden vielfach soziale und wirtschaftliche Fehlentwicklungen, die das Zusammenleben in einem Stadtteil erheblich beeinträchtigen, eins zu eins mit dem Islam gleichgesetzt. Nach meinem Eindruck besteht bei vielen Menschen in Deutschland zudem eine tiefe Verunsicherung, die zum einen ökonomisch bedingt ist, was beispielsweise den Erhalt des Arbeitsplatzes, der immer größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich, aber auch mit einer Verunsicherung mit Blick auf die Zukunft des Erhalts unserer Gesellschaft und seinen Werten. Minderheiten, wie beispielsweise die Muslime in Deutschland, werden dann schnell zu Blitzableitern dieser Frustrationsprozesse und es gibt Vereinfacher wie beispielsweise Rechtsextreme, die solche Stimmungen gezielt nutzen und daraus politisches Kapital schlagen.

Haben Sie den Eindruck, dass die Veränderungen im arabischen Raum in den letzten beiden Jahren zu einer veränderten Wahrnehmung des Islam in Deutschland beigetragen haben?

Ich denke, viele Menschen in Deutschland waren erstaunt, dass die Menschen in den arabischen Staaten für Menschenrechte, für Demokratie und für Freiheit auf die Straße gegangen sind. Dass sie etwas riskiert haben, einige sogar ihr Leben. Die Wahrnehmung dieser Menschen in Deutschland hat sich verändert.

Das Kölner Urteil zur Beschneidung eines Jungen hat zu einer neuen Diskussion zur Beschneidung von Jungen jüdischen oder muslimischen Glaubens geführt. Hat sich dadurch die Zusammenarbeit von jüdischen und muslimischen Verbänden intensiviert?

Wir haben eigentlich auch vorher schon gut zusammengearbeitet, nur wurde diese Zusammenarbeit von außen weniger wahrgenommen. Nach diesem Urteil, das sich im Übrigen letztlich als ein Fehlurteil herausgestellt hat, haben sich alle drei großen Religionsgemeinschaft in Deutschland – Christen, Juden und Muslime – zu Wort gemeldet und es abgelehnt. Ich habe den Eindruck, dass dieses Urteil auch von gewissen »fundamentalistischen« Atheisten genutzt wird, um Religion insgesamt als barbarisch und archaisch hinzustellen und so zu versuchen, Religion aus der Öffentlichkeit zu vertreiben. Das Thema Beschneidung kommt ihnen gerade Recht, um

Minderheiten werden schnell zu Blitzableitern gesellschaftlicher Frustrationen

nun Muslime und Juden zu kriminalisieren und zu diskriminieren. Die Beschneidung ist für Juden und Muslime seit Jahrtausenden ein komplikationsarmer, der Hygiene dienender und bewährter Ritus. Dieser Ritus wird nun, nach meinem Eindruck unter dem Deckmantel des Kindeswohls, zum Anlass genommen, um das Judentum und den Islam insgesamt zu diskreditieren und so das Sorgerecht der Eltern und ihre Religionsfreiheit einzuschränken. Eine neue Dimension ist, dass Angehörige einer Religion bei der Befolgung von religiösen Vorschriften wie der Beschneidung der Strafverfolgung ausgesetzt sind. Ich bin aber guter Dinge, dass das vom Deutschen Bundestag auf den Weg gebrachte Gesetzesvorhaben Klarheit schafft und die Beschneidung in Deutschland wieder straffrei möglich sein wird. Mich hat an der Diskussion nach dem erwähnten Kölner Urteil erstaunt, dass viele von denjenigen, die energisch für Toleranz und die europäische Aufklärungstradition eintreten, selbst so wenig tolerant sind und eine der Grundtugenden der Aufklärung, den Respekt vor Religionen und der Religionen untereinander, bei sich selber einfach fallenhaben lassen. Aufklärung heißt im besten Sinne, dass jemand areligiös sein kann oder nicht, es bedeutet aber nicht, dass die Religion aus dem öffentlichen Leben zurückgedrängt werden soll.

Sie haben eben ein schönes Stichwort genannt: Aufklärung oder die Grundtugenden der Aufklärung. Gerade dem Islam wird sehr oft vorgeworfen, dass er eine Religion sei, die Aufklärung nicht mitgemacht habe. Wie sehen Sie das?

Die Muslime wissen, dass der Islam die Menschen vor 1.400 Jahren aus ihrer Unmündigkeit mündig gemacht hat. Im Islam wurden zu der Zeit geradezu revolutionäre Grundsätze festgeschrieben, dazu gehört die Gleichheit von Mann und Frau vor Gott und dem Gesetz oder auch von Menschen unterschiedlichen Aussehens und Religion. Und ganz entscheidend: Der Islam war nie antiwissenschaftlich. Große wissenschaftliche Erkenntnisse, aus denen wir heute noch schöpfen, der Mathematik, der Naturwissenschaft, aber auch der Philosophie sind im Lichte des Islam erst entstanden. Es waren Muslime, die die hellenistische Tradition wieder zum Leben erweckt haben, indem sie die alten Griechen, z.B. die Schriften Aristoteles ins Arabische übersetzt und damit wieder zugänglich gemacht haben. Ein wesentliches Element der Aufklärung, die griechische Philosophie, wurde erst durch Muslime aufgearbeitet und vor der Versenkung gerettet. Darüber hinaus gab und gibt es im Islam keine Trennung oder gar Rivalität von Wissenschaft und Religion oder Religion und Vernunft, keine Trennung von Profanem und Geistigem. Dies steht fundamental der europäischen Entwicklung vor der Aufklärung entgegen. Bei all der berechtigen Forderung, dass die Muslime sich um Aufklärung bemühen müssen, im Sinne einer dynamischen Interpretation ihrer Religion im 21. Jahrhundert, sollte man nicht vergessen, dass die Geschichtsverläufe im Orient und Okzident nicht parallel verliefen und die Muslime im Mittelalter aufgrund ihrer Religion zu solch wissenschaftlichen und fortschriftlichen Denken und Handeln fähig waren.

Sie haben auf die Tradition des Islam verwiesen, dennoch steht die Frage nach einem ähnlichen Prozess, wie ihn die Aufklärung im europäischen Kontext ausgelöst hat, noch im Raum?

Ich bin davon überzeugt, dass Muslime ihre Religion mit Blick auf die Gegenwart immer wieder neu hinterfragen müssen. Der Islam ist eine dynamische Religion. Er verlangt geradezu Antworten auf neue Fragen. Das betrifft nicht nur neue Entwicklungen in der Medizin wie beispielsweise Organtransplantation oder die moderne Sterbebegleitung, sondern ebenso philosophische oder politische Entwicklungen. Diesen Prozess könnte man auch fortlaufende Aufklärung nennen. Es wäre aber, wie gesagt, vermessen zu behaupten, dass in der islamischen Welt ein gleicher Prozess wie in Europa stattfinden müsste, damit sie dann mit Europa auf Augenhöhe korrespondieren kann. Nochmals: In der islamischen Welt gab und gibt es keine dem Christentum vergleichbare Rivalität zwischen Religion und Ratio. Ich will es an einem Beispiel verdeutlichen: Ein wichtiger Impuls zur Entwicklung der Astronomie war es, die Gebetszeiten festzulegen, ohne jedes Mal den Sonnenstand neu beobachten zu müssen. Die astronomischen Kenntnisse wurden dann unmittelbar genutzt, um hieraus Gebetstabellen zu erstellen, später dann als Computerprogramm. Die Religion hat also die Wissenschaft gefordert, der Koran beschreibt Naturereignisse wie z.B. die Entwicklung eines Menschen im Mutterleib detailgetreu und fordert die Menschen auf, darüber zu forschen und Erkenntnisse zu sammeln. Gott ruft in seinen koranischen Offenbarungen die Menschen zigmal und unmissverständlich dazu auf, ihren Verstand zu benutzen.

Sie sprachen von gesellschaftlichen Veränderungen, die vom Islam aufgenommen werden und die in der religiösen Praxis

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Aufklärung ist der Schlüssel zur Verständigung

einen Niederschlag finden. Haben Sie dabei eine weltweite Debatte vor Augen oder können Sie sich vorstellen, dass der Islam in den verschiedenen Weltregionen ganz unterschiedliche Ausprägungen annimmt?
Der Islam ist aus seiner Tradition heraus von verschiedenen Rechtsschulen geprägt, die die islamische Rechtslehre bunt und vielschichtig entwickeln lassen hat. Die Rechtsschulen entstanden insbesondere einige Jahrzehnte nach dem Ableben des Propheten. Sie haben die Werke des Propheten interpretiert. Diese Rechtsschulen waren regional verortet. Zum Beispiel die Rechtsschule nach Imam Hanafi, der damals in der heutigen türkischen und syrischen Region gelehrt hat, die Rechtsschule nach Imam Maliki im maghrebinischen Teil, die Rechtsschule Schafii in Ägypten und weitere, wie hanbalitische auf der arabischen Halbinsel oder die jafaritische im heutigen Iran mögen hier genannt werden. In den Rechtsschulen wurden unterschiedliche Interpretationen des Islam ausgeprägt, mit unmittelbaren Rückwirkungen auf das gesellschaftliche Leben. Da heute die Schriften allein aufgrund der technischen Möglichkeiten einfach zugänglich sind, findet eine stärkere Auseinandersetzung mit den Rechtsschulen statt und zugleich ist eine gewisse Harmonisierung der Rechtsmeinungen festzustellen.

Es entsteht also eine globale muslimische Community?
Genau. Zwar gab es sie als Idee einer gemeinsamen globalen Weltgemeinschaft, ähnlich wie der Idee von Fraternité oder im arabischen der »Ummah« schon damals durch den Propheten manifestiert, aber aufgrund der globalen Vernetzung, der schnelleren Verfügbarkeit von Informationen aus den verschiedenen Regionen, verändert sich der gesellschaftliche, aber auch der religiöse Diskurs. Ganz spannend ist dabei, dass zum Beispiel auch ein Thema wie Religionsfreiheit dadurch in der islamischen Welt ausgedehnter diskutiert wird oder wie muslimische Intellektuelle, Politiker oder Wissenschaftler sich weltübergreifend Gedanken machen, wie ein gerechter, demokratischer Staat aussehen kann. Das ist eine sehr spannende Frage unter anderem vor dem Hintergrund der bereits angesprochenen Entwicklungen in Nordafrika. Ich bin mir sicher, dass diese Diskussionen auch in Europa ihren Niederschlag finden. Sie werden einerseits von der in Europa praktizierten und seit über 60 Jahre friedlichen Zeit der Demokratie angeregt, andererseits werden sich in der Zukunft Muslime hoffentlich noch stärker in die Debatten um das gesellschaftliche Leben in Europa einmischen. Der Philosoph und Denker Muhammad Iqbal, der sich intensiv mit Hegel und seiner Philosophie auseinandergesetzt hat, hat mich zur folgender Überlegung inspiriert: Erkenntnis stets als einen Erkenntnisstrahl zu betrachten, der kein Ende hat, sondern stets weitergedacht werden muss. Ein solches Denken schließt die Auffassung aus, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt der Höhepunkt der Geschichte erreicht wurde. Eine solche Auseinandersetzung setzt voraus, ohne Scheuklappen, offen für die Debatten und Diskurse über den eigenen Tellerrand zu schauen. Es gibt zahlreiche Beispiele von muslimischen Denkern, die diese Offenheit im Denken und Handeln zeigen. Ich würde mir wünschen, dass dies in der gesellschaftlichen Debatte um den Islam auch in Deutschland stärker wahrgenommen würde.

Herr Mazyek, das war ein sehr schönes Schlusswort. Ich danke Ihnen herzlich für das Interview.

AIMAN MAZYEK IST VORSITZENDER DES ZENTRALRATS DER MUSLIME. GABRIELE SCHULZ IST STELLVERTRETENDE GESCHÄFTSFÜHRERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Wie die Angst vor dem Islam die Demokratie gefährdet

Fehlende Kenntnisse über den Islam produzieren Vorurteile und Ablehung / Von Wolfgang Benz

Seit dem 11. September 2001 werden Ängste vor einem »radikalen Islam« beschworen und die intellektuellen Vordenker malen mit grobem Pinsel das apokalyptische Gemälde des Untergangs der westlichen Zivilisation und Kultur. Der grobe Pinsel vereinfacht und verallgemeinert alltägliche Wahrnehmungen und vergröbert absichtsvoll, um mit dem Bild der gefährlichen Parallelgesellschaft zu erschrecken, einen Kampf der Kulturen zu menetekeln und unter der Vorgabe, »nur« einen »politischen« oder »radikalen« Islam zu meinen, das Feindbild der nicht integrierbaren, nicht zivilisierbaren und demokratieunfähigen, jedenfalls demokratieunwilligen Mehrheit der Muslime zu beschwören.

Die Ethnisierung sozialer Probleme ist als leicht nachvollziehbare Erklärung willkommen und die als Problemlösung vorgeschlagenen Politikkonzepte (law and order, Einwanderungsstop, Rückführung von Migranten) treffen die Wünsche vieler. Das Charisma und der Erfolg der Künder solcher Erlösungsbotschaft entsprechen den Bedürfnissen einer bestimmten Schicht von Unzufriedenen, denen Selbstbehauptung angesichts imaginärer Gefahren oberstes Gebot ist, womit sie ihre Bedrohungs-, Überfremdungs- und Existenzängste agieren.
Es muss also bewiesen werden, dass »der Islam« insgesamt, dass die Summe der Muslime aus religiösem Gebot und innerstem Wesen heraus bedrohlich ist, dass diese Gruppe eine Gefahr darstellt, der man begegnen muss. Dieser Mühe unterziehen sich politische Sektierer mit Sendungsbewusstsein, unterstützt von Publizisten, die in Artikeln, Traktaten und Büchern ihre Ängste und ihre Abneigung gegen den Islam kultivieren. Viele, die das Feindbild »Islam« verbreiten, weisen es dann mit Entrüstung von sich, an der Eskalation von Gewalt beteiligt zu sein, indem sie Sprengstoff in Gestalt beleidigender Behauptungen, unwahrer Feststellungen und verschwörungstheoretischer Erfindungen über das angebliche Wesen des Islam, den kollektiven Charakter der Muslime und anderen Unsinn bereitstellen.
Muslimfeinde oder »Islamkritiker«, wie sie sich lieber nennen, setzen alles daran, den Riesenunterschied zwischen der Minderheit islamistischer Terroristen und der Mehrheit der Muslime zu nivellieren. Dazu wird die Religion bemüht, um zu beweisen, dass »der Islam« in Wahrheit eine politische Ideologie sei, dass man deshalb keinen Unterschied machen dürfe zwischen kriminellen Fanatikern in Pakistan und deutschen Bürgern muslimischer Religion. Die Hinweise auf den gefährlichen Inhalt des Koran, der gerne als Handlungsanweisung für Muslime gegen den Rest der Welt denunziert wird, gehören zum Werkzeug der Islamfeinde wie die Feststellung, der Staat sei bedroht und wehre sich nicht gegen die fremden Usurpatoren der Macht. Dass die Verfassung der Bundesrepublik und alle ihre Gesetze ausnahmslos für alle in Deutschland lebenden Menschen, Bürger wie Gäste, gelten, muss nicht mit theatralischer Geste eingefordert werden. Das ist so und eine Änderung der Rechts- und Gesellschaftsordnung steht überhaupt nicht zur Debatte. Wenn weder Muslime noch Nichtmuslime die Abschaffung des Grundgesetzes zugunsten von Koran und Scharia erstreben, dann aber ist die Litanei, unsere Rechtsordnung sei bedroht, nur Stimmungsmache. Demagogie, die behauptet, etwas Selbstverständliches sei in Gefahr, findet immer Gefolgschaft, denn sie arbeitet mit dem Erschrecken über einen möglichen Verlust und die Erschrockenen prüfen die vorgebrachten »Beweise« nicht nach, weil sie dazu in der Regel weder willens noch in der Lage sind. So funktioniert gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie der neue sozialwissenschaftliche Fachbegriff für das uralte Phänomen der Abweisung und Ausgrenzung von Minderheiten durch die Mehrheitsgesellschaft lautet.
Im Diskurs über den Islam – der notwendig ist, der aber mit Argumenten statt mit Unterstellungen

Weiter auf Seite 5

Oleg M., Regisseur und Autor flüchtete nach Deutschland, nachdem seine Brüder in Tschetschenien »verschwunden« sind. Rakhman D. lebt als ehemaliger Bevollmächtigter des vom FSB getöteten Präsidenten Maschadow im Exil.

Oleg M. zu Besuch in der Exilwohnung seines Freundes Rakhman D. Nach dem Abendessen wird bei einer heißen Tasse Tee, Rosinen und Gebäck über Alltägliches, Arbeit und Politik diskutiert.

Fortsetzung von Seite 4
geführt werden muss – werden Überfremdungsängste artikuliert, kulturrassistische Vorbehalte agiert und religiöse Vorbehalte instrumentalisiert. Mit den Kampagnen gegen Muslime bzw. gegen den Islam haben rechtsextreme Parteien und Gruppierungen neue Aktionsfelder gefunden, bei denen sie Anschluss finden an Bevölkerungsschichten, die von Überfremdungsängsten geplagt sind, aber nicht zum rechtsextremen Spektrum gehören. Die Wahlpropaganda der NPD und rechtspopulistischer Parteien mit Zitaten und Anspielungen auf Thilo Sarrazins Thesen sind eindeutige Indizien.

Organisierte Feindseligkeit gegen Muslime gibt es in neuen Formen auch außerhalb des etablierten Parteienspektrums und der um Etablierung ringenden populistischen Bewegungen. Gemeindebildungen Gleichgesinnter ergeben sich im Umfeld von Publizisten und im Internet. Den Bindekitt bilden Ängste und das Bedürfnis nach schlichten Welterklärungen. Differenzierende Betrachtung von Problemen ist nicht die Sache derer, die hier den Ton angeben und nicht das Bedürfnis ihrer Gefolgschaft. In einer manichäischen Welt, die nur gut und böse kennt, werden die Angehörigen einer Minderheit zu Fremden erklärt, die die Rolle der Bösen spielen müssen und niemals aus ihr entlassen werden. Die Ethnisierung sozialer Probleme mit dem Vehikel der Religionszugehörigkeit hat einen Kulturrassismus hervorgebracht, der an das alte Übel anknüpft, Menschen aufgrund ihrer Herkunft als höher- oder minderwertig zu klassifizieren. Die »Minderheiten« sind als gefährlich für die Mehrheit stigmatisiert. Wagenburgmentalität innerhalb der Mehrheitsgesellschaft und das Verlangen, Intoleranz als Tugend der Abwehr vermeintlicher Gefahren zu kanonisieren, sind Reaktionen der Unsicherheit.

Die deutsche Gesellschaft befindet sich in einer Identitätskrise, die ausgelöst wurde durch den Modernisierungsschub, der national und global zu bewältigen ist. Das Raunen von der Gefahr, die vom Islam ausgehe, ist Bestandteil des alltäglichen Diskurses. Die Reizvokabeln, die Ideologen verbreiten, finden den Nährboden in existenziellen Ängsten, sie sind resistent gegen rationale Argumente. Die Rezepte der Ausgrenzung, mit denen im 19. Jahrhundert Reaktionäre ähnlichen Herausforderungen zu begegnen versuchten, haben in die Katastrophen des 20. Jahrhunderts geführt. Sie wieder zu verwenden wäre fatal. Es geht um die Menschen- und Bürgerrechte einer Minderheit und um die demokratische Gesellschaft. In den aktuellen Identitätsdebatten Europas geht es nicht mehr wie im 19. Jahrhundert um die Emanzipation von Juden, sondern um die Integration von Muslimen. Verlustängste und Bedrohungsszenarien werden beschworen, um die Gefahr eines Ansturms auf das Abendland, die »Islamisierung Europas« zu konstruieren. Feindbilder grenzen nicht nur aus, sie bedienen Sehnsüchte nach schlichter Welterklärung in einem System, das nur gut und böse kennt. Feindbilder sind aber gefährlich: Das pauschale Verdikt der »Islamkritiker« gegen die Muslime bestreitet deren Menschen- und Bürgerrecht, das Plädoyer gegen Toleranz beschwört die schlimmsten Traditionen unserer Geschichte.

WOLFGANG BENZ IST HISTORIKER UND LEITETE ALS PROFESSOR DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN BIS 2011 DAS ZENTRUM FÜR ANTISEMITISMUSFORSCHUNG ■

Ohne Null ist alles Nichts

Warum unsere Zahlen eigentlich nicht zu Deutschland gehören / Von Max Fuchs

»Wer ein wahrer Christ sein will, muß die Methode dieser Thoren und Lügenschmiede fahren lassen.«

Kein »wahrer Christ« zu sein war noch bis ins 16. Jahrhundert nicht ungefährlich. Der Scheiterhaufen oder zumindest die ein oder andere schmerzhafte Erfahrung mit Folterinstrumenten waren starke Argumente für die richtige religiöse Haltung. Bei den oben angesprochenen Methoden handelt es sich dabei keineswegs um neue ketzerische Verfahren der Bibelauslegung, sondern bloß um Rechenverfahren. Es tobte bis weit ins 17. Jahrhundert nämlich ein Kampf darüber, ob der Abakus mit seinem raffinierten Verfahren, über das richtige Legen von Steinen, oder das Rechnen mit Ziffern, die über arabische Länder von Indien aus nach Europa kamen, das bessere Verfahren im Rechnen waren.

Der Umgang mit Steinen hatte dabei die Tradition auf seiner Seite. Denn eine »Kalkulation« war ein Verfahren, das bereits die Römer mit Rechensteinen, den calculi (!), betrieben. Das Problem bestand darin, dass das römische Ziffernsystem nicht geeignet ist für schriftliche Rechenverfahren – und es zudem auch keine Null darin gibt. Wie leicht das Fälschen von Beträgen mit diesem umständlichen Ziffernsystem ist, kann man heute noch an Sprichwörtern ablesen: Wer einem ein X für ein U vormacht, vertauscht die Zahl Zehn (X) mit der Zahl Fünf (man schrieb für das V lange das U). Ein Wirt, der eigentlich V Bier abrechnen sollte, konnte durch eine leichte Verlängerung der Striche aus V ein X machen – und somit das Doppelte kassieren. Elegante schriftliche Verfahren waren allerdings nur mit Ziffernsystemen von Zahlen möglich, bei der die Stellung der Ziffer (vor und nach dem Komma) ihren Wert angibt. Dass man hierbei die Null braucht, leuchtet sofort ein. Denn wie sonst könnte man 101, 11 oder 10.001 unterscheiden? Die Null musste also in der Tat erfunden werden. Dies taten die Inder. Ein frühes Rechenbuch findet sich bereits im 7. Jahrhundert, geschrieben von Brahmagupta in Sanskrit. Der Handel und sicherlich auch Eroberungszüge sorgten dafür, dass Wissen verbreitet wurde. In der Tat ist seit den frühen Wanderbewegungen, die bis zur Urgeschichte der Menschen zu belegen sind – immerhin gilt Afrika als Wiege der Menschheit – Migration und damit Kulturbegegnung und Kulturaustausch der Motor unserer Entwicklung. Vor diesem Hintergrund werden manche Diskussionen darüber, was »deutsch« ist, ziemlich albern.

Sachwalter und Überbringer unserer europäischen »Leitkultur«, nämlich der Philosophie und Literatur der Griechen, waren dann auch die Araber, die Heiden, die lange Zeit in Südspanien eine hochzivilisierte Gesellschaft aufbauten. Wie das Zusammenleben von Juden, Arabern und Spaniern gelang, lässt sich in gut lesbaren historischen Romanen etwa von Leon Feuchtwanger nachlesen (z.B. »Die Jüdin von Toledo«). Die Griechen wiederum entdeckten zwar nicht die Geometrie – da waren zumindest die Ägypter schneller. Doch brachten die Griechen die Idee ein, Behauptungen auch systematisch beweisen zu müssen. Die »Elemente« des Euklid fassten das damalige Wissen zusammen. Ein anderer Strang mathematischen Denkens stützte sich auf den Umgang mit Zahlen. Hier gingen Babylonier und Inder voran. Doch auch Pythagoras, der all dies wusste und kannte, baute auf den Zahlen seine Weltanschauung auf: Er war Guru einer Weltanschauungsgruppe in Süditalien. Seine Lehre bestand in dem Nachweis, alles sei Zahl und alle Gesetze lassen sich in ganzzahligen Relationen, also in Bruchzahlen ausdrücken. Heute lernt man in der Mittelstufe, dass zumindest die Diagonale eines Quadrates mit der Seitenlänge 1 (gemäß dem »Satz des Pythagoras«) eine Seitenlänge von √2 hat, was wiederum nicht als rationale Zahl (also als Bruchzahl) ausgedrückt werden kann. Und man lernt, dass und wie Descartes dann im 17. Jahrhundert das Geometrische und das Algebraische in seiner analytischen Geometrie zusammengebracht, also Griechenland und Indien/Arabien zumindest mathematisch miteinander versöhnt hat.

Der eingangs erwähnte Streit über die richtige Rechenmethode hatte übrigens nicht nur theologische Gründe: Rechenmeister verdienten seinerzeit ihr Geld damit, dass sie rasch und auf mysteriöse Weise Aufgaben lösen konnten, die andere nicht lösen konnten – gerne auch als Vorstellung auf Jahrmärkten. Die Kenntnis neuer Lösungsverfahren war also eine Existenzgrundlage, die durch neue Verfahren hätte zerstört werden können. Die arabische Quelle dieser neuen Rechenkunst zeigt sich übrigens an den Bezeichnungen: Der Algorithmus geht auf den arabischen Mathematiker Alchwarizni zurück, der 820 ein wichtiges Lehrbuch verfasste. Auch das Wort Algebra hat einen arabischen Ursprung. Übrigens warb schon rund um 1000 Papst Sylvester II für den Gebrauch indisch-arabischer Ziffern – allerdings ohne großen Erfolg, wie der anschließende jahrhundertelange Streit zeigte. Wie man diese Episode in einen umfassenderen Kontext einbauen kann, zeigt auf interessante Weise Joachim Schröder: Zahlenwelten. Bausteine für einen interkulturellen Mathematikunterricht; 1994.

MAX FUCHS IST MATHEMATIKER, DIREKTOR DER AKADEMIE FÜR KULTURELLE BILDUNG REMSCHEID UND PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Said K. in einem Heim für Asylbewerber. Vor drei Monaten flüchtete er mit seiner Familie aus Tschetschenien. Aus Sicherheitsgründen können wir seinen Fall öffentlich nicht detailliert beschreiben, es bleibt die Angst.

Warum ist es so schwer, religiöse Vielfalt zu leben?

Eine zeithistorische Erkundung am Beispiel des Islams / Von Thomas Großbölting

Der Streit um den Auftritt von koranverteilenden Salafisten, die Diskussion um die Beschneidung von muslimischen Jungen, die Konflikte um die Errichtung von Moscheen oder das Tragen eines Kopftuches – auch wenn die mediale Berichterstattung kein verlässlicher Indikator für die Wahrnehmung des Islam in Deutschland ist, so zeichnet sich doch in diesen Beispielen eine Tendenz ab: Die Deutschen, so hat eine empirische Befragung des Exzellenzclusters Religion und Politik aus dem Jahr 2011 ergeben, haben einen wesentlich kritischeren Blick auf den Islam als beispielsweise ihre europäischen Nachbarn in Frankreich, Dänemark oder den Niederlanden. Stärker als die dortige Bevölkerung sind sie gegen den Bau von Moscheen oder Minaretten und sprechen sich weniger dafür aus, den Anhängern anderer Religionen gleiche Rechte zuzugestehen.

Es sind nicht direkte Kontakte zu Muslimen, die diese Anschauung prägen, im Gegenteil: In Deutschland, so gaben die Befragten an, gibt es besonders wenige Kontakte zwischen nicht-muslimischen Deutschen und Angehörigen islamischer Glaubensgemeinschaften. Es sind eher unwillkürliche Übertragungen der internationalen Berichterstattung mit ihren Beispielen tatsächlichen oder vermeintlichen islamischen Terrors, die die Wahrnehmung beeinflusst. Dieser Zusammenhang existiert aber nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo. Warum also tut sich die deutsche Gesellschaft anscheinend besonders schwer, mit religiöser Pluralität im Allgemeinen und mit dem Islam im Speziellen? Um Gründe dafür ausfindig zu machen, bietet es sich an, den Blick vor allem auf die Mehrheitsgesellschaft selbst zu richten. Von den Klassikern der Migrationsforschung wie Georg Simmel und anderen lernt man eines zuallererst: Es sind in der Regel nicht die wenigen Migranten, die die Situation in einer Gesellschaft entscheidend bestimmen. Stattdessen sind es die vielen bereits heimischen Menschen und die von ihnen getragenen Konventionen, Mentalitäten und gesellschaftlichen Strukturen, die ihrerseits determinieren, wie sich die »Neuen« integrieren oder außen vor bleiben. In welchen Formen und mit welcher Ausrichtung sich islamisches Leben in Deutschland entwickelte, war abhängig von den Strukturen des vorzufindenden sozialen, politischen und religiösen Feldes. In diesem Sinne hat jede Gesellschaft den Islam, den sie verdient – so hat es 2001 der niederländische Soziologe Jan Rath formuliert.

Islamisches Leben in Deutschland ist kein neues Phänomen. Bereits seit dem 19. Jahrhundert gab es Muslime in Deutschland. Aber erst mit der in der Bundesrepublik einsetzenden Arbeitsmigration wuchs die islamische Gemeinschaft zu einer sozial, politisch und auch religiös bedeutsamen Größe, die auch öffentlich breit wahrgenommen wurde. Die Wahrnehmung der Einwandernden als religiöse Menschen setzte erst zeitverzögert ein: Die gesellschaftliche Selbstverständigung über die Migration kam in den 1970er-Jahren weitgehend ohne Bezug auf den Islam aus. Nach zeitgenössischer Ansicht waren es vor allem Arbeitskräfte auf Zeit, sprich: »Gastarbeiter«, die nach Deutschland kamen, so dass sich die Frage nach ihrer Religion oder anderen Einstellungen erübrigte.

Erst im Diskurs der 1980er-Jahre wurden aus den einwandernden Türken, Afghanen, Pakistani und den Angehörigen arabischer Länder »die« Muslime und »der« Islam. Bis in die zwischen 2006 und 2009 vom Innenministerium abgehaltene »Islamkonferenz« setzt sich diese Tendenz zur Essentialisierung islamischer Religion fort. Nicht soziale, politische oder kulturelle Belange vereinten nun in der Wahrnehmung die Gruppe der Migrantinnen und Migranten, sondern vor allem deren Religiosität. Mit dieser Engführung wird nicht nur die darüber hinausgehende Vielfalt von Interessen und Positionen innerhalb dieser Gruppe beiseite gewischt, sondern auch die internen Veränderungen in der Religiosität bleiben unberücksichtigt. Ähnlich avancierte Religion auch bei der Konstruktion der Opposition zu einer Identitätsressource. Als Gegengruppe traten nicht »die Christen« auf, sondern die Nicht-Muslime. Selbst die großen christlichen Kirchen boten sich nicht wegen ihrer besonderen Botschaft als dem Staat und der Gesellschaft angemessene Religionen an, sondern betonten in Abgrenzung zum Islam vor allem ihre stärker säkulare Ausrichtung. Der Bezug auf Religion entwickelte sich eher abstrakt: Das Christentum gewann in diesen Abwehrreflexen nicht als religiöse Überzeugung an Gewicht, sondern vor allem als Traditionselement eines »abendländischen« Kulturkreises. Das Läuten von Kirchenglocken beispielsweise erscheint auf

Migranten werden zunehmend auf ihre Religionszugehörigkeit reduziert

dem Hintergrund dieser Haltung weniger als Einladung zur Messfeier, sondern vor allem als Teil des Brauchtums.

Dieser Diskursverlauf entsprach der religionspolitischen Konstellation: Vor allem die deutsche Politik agierte auch in den 1980er-Jahren und zum Großteil bis heute in den Bahnen, die sich im Verhältnis von Staat und Kirche in der jungen Bundesrepublik ausgebildet hatten. Im Grundgesetz von 1949 hatte man wesentliche Bestimmungen der Weimarer Verfassung übernommen. In der politischen Praxis füllte man dieses Gesetzeswerk aber wesentlich religionsaffiner. In Schule und Hochschule, in der Aufsicht der öffentlich-rechtlichen Medien, durch die staatliche Kirchensteuerhebung – die evangelische und die katholische Kirche wurden in vielfacher Hinsicht in das öffentliche Leben eingebunden. Ihre Stellung als Körperschaft des öffentlichen Rechts gab diesem Engagement das juristische Fundament. Diese als »hinkende Trennung« von Kirche und Staat charakterisierte Konstellation existiert in vielen Belangen bis heute.

Das Zusammenspiel von Staat und christlichen Kirchen hat zur Überwindung des Zweiten Weltkriegs erheblich beigetragen. Der dafür zu zahlende »Preis« war eine Ausblendung der Ansprüche anders religiöser und nicht-religiöser Menschen. Der »Preis« stieg mit der stärkeren Pluralisierung und Heterogenität des religiösen Feldes: Aktuell sind nur noch ca. ein Drittel der Bundesbürger Mitglieder der protestantischen, ein weiteres Drittel Angehörige der katholischen Kirche. Ein weiteres Drittel ist nicht-konfessionell gebunden. Hinzu kommt eine Zahl von derzeit vier Millionen Muslime und viele Angehörige anderer Religionsgemeinschaften oder neureligiöser Bewegungen.

Die aktuelle Religionspolitik wie auch die gesellschaftliche Diskussion religiöser Fragen orientiert sich aber nach wie vor in hohem Maße an der »hinkenden Trennung« von Staat und christlichen Kirchen. Auf diese Weise werden sie der neuen Heterogenität im religiösen Feld nicht gerecht. Die Privilegierung der christlichen Großkonfessionen blockiert die Integration von Gemeinschaften anderen religiösen Bekenntnisses. In Deutschland stoßen »neue« Religionsgemeinschaften wie der Islam religionspolitisch in dem Maße an eine »gläserne Decke«, wie die Privilegierung der christlichen Großkonfessionen die gleichberechtigte Integration anderer Religionsgemeinschaften in Frage stellt.

Gleich ob Staatskirchentum oder Laizismus: Jedes Arrangement zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften ist auf religiöse Neutralität und Unparteilichkeit als eine Form des gleichen Abstands zwischen Staat und den verschiedenen Religionsgemeinschaften angewiesen. Die Garantie von Religionsfreiheit von staatlicher wie auch von Bindung an Verfassung und Gesetz von Seiten der religiösen Gruppen sind weitere Bausteine für ein gedeihliches Miteinander. Wenn aber der Abstand des Staates zu allen Religionsgemeinschaften grundsätzlich gleich ist und zugleich auch die Rechte der Nichtreligiösen gewährleistet sind, dann spricht nichts gegen eine kooperative Ausgestaltung des Verhältnisses von Staat, Gesellschaft und Religionsgemeinschaften.

THOMAS GROSSBÖLTING IST PROFESSOR FÜR NEUERE UND NEUESTE GESCHICHTE AN DER UNIVERSITÄT MÜNSTER ■

Einen reflexiven Zugang zur eigenen Religion ermöglichen

Zur Etablierung der islamischen Theologie an europäischen Universitäten / Von Mouhanad Khorchide und Milad Karimi

Betrachtet man die Debatten der letzten Jahre rund um das Thema Islam, dann findet man diese überschattet von sicherheitspolitischen Fragen. Oft geht es in den Diskussionen um Moscheebauten, Minarette und um das Kopftuch. Die Frage, wie der Islam die europäische Gesellschaft bereichern kann, wurde jedoch kaum gestellt. Hierzu benötigt der Islam einen Raum, in dem er sich auch akademisch entfalten kann.

Und gerade da besteht die große Chance der Etablierung der islamischen Theologie an deutschen Universitäten, aber auch in der Einführung des islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen. Muslime fühlen sich dadurch nicht nur als anerkannte Partner in dieser Gesellschaft, es ist nicht nur ein Zeichen der Anerkennung und somit ein Meilenstein in der Frage der Einbindung muslimischer Bevölkerung – Muslime bekommen dadurch auch die Möglichkeit, sich wissenschaftlich mit ihrer Religion auseinanderzusetzen. Denn bevor wir die Frage an die Muslime stellen, welchen Beitrag der Islam zur Bereicherung dieser Gesellschaft leisten kann, brauchen sie einen Zugang zum Islam, der es ihnen ermöglicht, islamische Inhalte wissenschaftlich zu reflektieren.

Der bis heute nicht bzw. nur zum Teil vorhandene islamische Religionsunterricht an öffentlichen Schulen und die fehlende akademische Auseinandersetzung mit dem Islam führten zur Entstehung einer ausgehöhlten islamischen Identität bei vielen jungen Muslimen, die hier aufgewachsen sind. Viele muslimische Jugendliche – dies zeigen empirische Studien – identifizieren sich zwar stark mit dem Islam, fragt man sie jedoch nach ihrem Islamverständnis, stellt sich schnell heraus, dass viele nur das über den Islam wissen, was sie zu Hause bzw. in der Moschee beiläufig mitbekommen haben. Der reflexive Zugang fehlt in der Regel.

Die Etablierung eines akademischen Diskurses der islamischen Theologie wirft somit eine zentrale Frage auf, die die inhaltliche Ausrichtung der islamischen Theologie betrifft: Welche islamische Theologie soll sich an deutschen Universitäten etablieren? Auch die Aufforderung, die Imame in Deutschland statt in der Türkei bzw. in arabischen Ländern auszubilden, macht nur dann Sinn, wenn die hiesige islamische Theologie eine Theologie ist, die auf die Bedürfnisse der Muslime in dieser Gesellschaft eingeht.

Die Einführung der Islamischen Theologie an deutschen Universitäten wurde in der Öffentlichkeit auf den Aspekt der Imameausbildung reduziert, da dies einerseits ein greifbarer Aspekt ist und andererseits starke gesellschaftspolitische Relevanz hat, gerade in der Frage der Integration von Muslimen in Deutschland. Es wäre jedoch fatal, die Islamische Theologie auf eine Berufsausbildung zu reduzieren und in ihr in erster Linie eine Art Sicherheitsgarantie zu sehen. Die Islamische Theologie muss sich, wie andere Theologien, an deutschen und europäischen Universitäten als akademische Disziplin etablieren. Daher drängt sich nun die Frage auf, wie und welche Theologie sich in der Zukunft generiert. Denn bevor über eine Berufspraxis gesprochen wird, egal ob die der Religionslehrkräfte für den islamischen Religionsunterricht oder die der Imame, müssen zuerst die theoretischen, theologischen Grundlagen geschaffen werden. In diesem Sinne konzentrieren sich nun die Bemühungen muslimischer Theologinnen und Theologen in Deutschland. Neben zahlreichen Fachtagungen zu relevanten Themen (»Die Zukunft des islamischen Religionsunterrichts in NRW«, »Herausforderungen an die islamische Theologie in Europa«, »Das Verhältnis zwischen Islamwissenschaft und islamischer Theologie«, »Gottesvorstellungen im Islam«, »Islamische Seelsorge«, »Gewaltpotentiale in den heiligen Schriften von Islam und Christentum«, »Theologie der Barmherzigkeit«, »Ethik und Recht«), erscheint inzwischen ein »Jahrbuch für Islamische Theologie und Religionspädagogik«, das sich als ein offenes und kritisches Feld für die akademische Genese unterschiedlicher Theologien, die von innen her, ja aus der adäquaten Auseinandersetzung der reichen islamischen Tradition heraus, entstehen können. Der fachliche interreligiöse Austausch zwischen dem Islam und anderen Religionen und Weltanschauungen versachlicht sich immer mehr. Eine »Zeitschrift für interreligiöse Theologie« wird ebenfalls inzwischen von muslimischen Theologen herausgegeben. Die Etablierung islamischer

Islamische Theologie ist mehr als reine Imameausbildung

Studien an deutschen Universitäten ermöglicht also nicht nur die Etablierung eines islamisch theologischen Diskurses an den deutschen Universitäten, sondern eröffnet auch die Möglichkeit, inhaltliche, theologische Themen und Fragestellungen, die den Islam betreffen, sowohl in die Mehrheitsgesellschaft als auch in die muslimische Gesellschaft zu kommunizieren; denn die Gleichstellung der islamischen Theologie mit anderen Theologien an deutschen Universitäten bedeutet zugleich die Herausforderung an den Islam, ähnlich den christlichen und anderen Theologien, seine Positionen zu theologischen und ethischen, aber auch zu gesellschaftlichen Aspekten darzulegen und diese der Be- und Hinterfragung durch andere auszusetzen. Dies bietet Muslimen die Möglichkeit, sich aktiv mit ihrer Religion auseinanderzusetzen, aktiv nach Antworten auf metaphysische und ethische, aber auch auf gesellschaftliche Fragen zu suchen und traditionelle Positionen innerhalb der islamischen Theologie kritisch zu reflektieren, um in Zukunft selbst auch herausfordernd zu sein. Die Etablierung islamischer Studien an deutschen Universitäten bedeutet demnach nicht nur eine strukturelle Änderung in der universitären Landschaft Deutschlands, sondern sie kann auch zur Verankerung eines aufgeklärten Islamverständnisses beitragen. Um jedoch dem Mangel an qualifizierten Theologinnen und Theologen entgegenzuwirken, muss in den kommenden Jahren sehr viel in die Nachwuchsförderung investiert werden. Das Graduiertenkolleg »Islamische Theologie« der Stiftung Mercator, dessen Koordinierung von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster ausgeht, leistet einen wichtigen Beitrag in diese Richtung. Die islamische Theologie muss auch im Dialog mit den Moscheegemeinden sein, um den Anschluss an die islamische Bevölkerung nicht zu verlieren. Dieser Dialog gestaltet sich nicht einfach, da sich viele Muslime von der akademischen Auseinandersetzung mit dem Islam apologetische Gesichtspunkte erwarten. Die Entwicklung eines Bewusstseins für die Aufgabe der Theologie als wissenschaftliches Fach, das ergebnisoffen arbeitet, muss sich im Laufe der nächsten Jahre sowohl bei Vertretern der Moscheegemeinden als auch bei den Studierenden etablieren. Bei der reflektierten Auseinandersetzung mit der traditionellen Islamischen Theologie gilt für die islamische Theologie der Grundsatz der Kontextualität, um eine zeitgemäße Islamische Theologie zu etablieren, die als Ausgangspunkt ihrer Überlegungen die Lebenswirklichkeit von Musliminnen und Muslimen in Europa ernst nimmt.

MOUHANAD KHORCHIDE IST PROFESSOR FÜR ISLAMISCHE RELIGIONSPÄDAGOGIK UND LEITER DES ZENTRUMS FÜR ISLAMISCHE THEOLOGIE AN DER UNIVERSITÄT MÜNSTER.
MILAD KARIMI IST VERTRETUNGSPROFESSOR FÜR »KALAM, ISLAMISCHE PHILOSOPHIE UND MYSTIK« AM ZENTRUM FÜR ISLAMISCHE THEOLOGIE ■

Said K. empfängt Gäste in seinen Wohnräumen in einem Heim für Asylsuchende. Traditionell bedeutet die Gastfreundschaft den Tschetschenen sehr viel. Said erzählt von seinem Dorf und dem Haus, das er zurücklassen musste.

Heterogen und differenziert – die Strömungen innerhalb der arabischen Welt

Die kulturelle Vielfalt des Islam verunsichert die deutsche Öffentlichkeit / Von Issam Haddad

Deutschland und die Islam-Debatte: Seit zwei Jahren durchlebt ein großer Teil der arabischen Welt einen nie dagewesenen Aufbruch: Würde, Brot und Freiheit sind die ersehnten Ziele. Im Erscheinungsbild tritt der politische Islam als die bestorganisierte zivile Kraft auf und strebt die Machtübernahme an. In Tunesien und Ägypten hat er zugegriffen und versucht, sich zu etablieren. In Syrien wie in Libyen strebt er nach der Macht auch über den Trümmern des postkolonialen, nationalen und repressiv geführten Staates. Den Widerstand leisten überall nicht nur säkulare konservative wie libertäre Kräfte, sondern auch liberale islamische Strömungen (Sufisten) sowie Anhänger der reinen Lehre. Ein Panorama der kulturellen Vielfalt des Islam zeichnet sich ab: verwirrend für die deutsche Öffentlichkeit und beunruhigend für das offizielle Deutschland.

In der arabischen Welt ist der Islam die haupttreibende missionierende Kraft: Mekka und Medina für die Sunniten, Najaf für die Schiiten und Al Azhar in Kairo für diese beiden Hauptströmungen im Islam. Mäßigend will das offizielle Deutschland auf diese Entwicklung wirken: In Libyen hielt es Wort und hoffentlich auch in Syrien. Denn das kommt der Bewahrung der existierenden religiösen und ethnischen kulturellen Heterogenität in diesem Land zugute. Mitte des 19. Jahrhunderts versuchte auch der Staat Preußen zwischen christlichen Maroniten und moslemischen Drusen auf den Bergen des Libanons zu schlichten. In der deutschen Öffentlichkeit herrschte Verwirrung und allmählich erfuhr man über die rivalisierenden Treibkräfte im »arabischen Frühling«. Ein Bild der kulturellen Vielfalt des Islam wurde zunehmend wahrgenommen und interessierte weite Kreise der sozial aktiven Öffentlichkeit. Genauso zeichneten sich die sozialen Konturen der heterogenen arabischen Welt in seinen Mehrheiten und Minderheiten mit ihren spezifischen kulturellen Nuancen ab, genauso wie deren Gemeinsamkeiten, die aus 15 Jahrhunderten des Zusammenlebens gewachsen sind. Wie ist die Sichtweise Deutschlands diesbezüglich?

Die Gemeinden dieser Vielfalt an Islamischer Kultur und heterogenen arabischen Identitäten auf deutschem Boden melden sich in diesem Zusammenhang kritisch zu Wort: In einem Beitrag über das Konkordat des Hamburger Senats mit den Islamischen und Aliwitschen Gemeinschaften beklagte Norbert Müller (Vorstandsmitglied vom Rat der Islamischen Gemeinschaften Hamburg) die immerwährenden Sicherheitsdebatten der Deutschen Islam Konferenz (DIK).

Auch der Kölner Fernsehjournalist A. Seuyurit gab in seinem Livebericht »den taktischen Fehlern der Polizei« die Schuld an den Ausschreitungen in Solingen und Bonn zwischen NRW-Leuten und Salafisten. Für seine so formulierte Berichterstattung erhielt der Journalist »eins auf´s Dach«, wie er sagte. Lediglich Chaos-Stifter sollen die Salafisten sein. Man tendiert wiederholt dazu, die Salafisten der Gewaltbereitschaft und des Terrors zu verdächtigen. Obwohl ihre Zahl auf fünftausend geschätzt wird, wird dafür eine Gesellschaft von vier Millionen Muslimen in Geiselhaft der medialen Verdächtigung genommen: Ob Schulversagen, Jugendgewalt oder Terrorismus neigt man schnell dazu, dies auf den Islam zurückzuführen. Die daraus entfachte Islamophobie erschwert die kulturelle Entfaltung zahlreicher Vereine, deren Grundlage die Islamische Lehre in ihrer Vielfalt bildet: von Sunniten, Schiiten, Alawiten und Al Ahmadieh. Den Gründungen dieser Vereine verdanken sie den liberalen öffentlichen Freiraum in Deutschland, der den meisten unter ihnen in ihrem Ursprungland verwehrt wird.

Die Frage, wie repräsentativ diese Vereine für ihre jeweiligen Strömungen innerhalb der kulturellen Vielfalt des Islam sind, ist vorläufig von untergeordneter Rolle. Viel wichtiger ist deren Anerkennung als integraler Bestandteil der Deutschen Gesellschaft in der sie leben und wirken wollen. Aus dieser Sicht ist der Schritt des Hamburger Senats zu begrüßen. Er erleichtert den Menschen im Rahmen dieser Vereine sich zu integrieren mit dem Gefühl, gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft zu sein, ebenso wie christliche und jüdische Gemeinden. Die Tore für mehr Engagement und Verantwortungsübernahme in der gemeinsamen Gesellschaft

> Stellvertretend für extreme Minderheiten wird der gesamte Islam in Sippenhaft genommen

werden dann leichter geöffnet. Weiterhin schätze ich den Vorschlag der Integrationskonferenz der IG Metall vor einigen Tagen in Kassel sehr: Migranten mit einer Aufenthaltserlaubnis und ohne deutsche Staatsangehörigkeit passiv wie aktiv an Kommunal- und Landtagswahlen zu beteiligen. Eine solche Politik wird schon seit Jahren in mehreren EU-Staaten betrieben. Sie fördert das Verantwortungsgefühl und -verhalten gegenüber der Gesellschaft und dient dementsprechend der Integration. So eine Wende fördert die Entfaltung der verschiedenen Kulturströmungen im Islam und bietet dem Blick der Öffentlichkeit ein real existierendes Spektrum von orthodox Konservativem bis zur liberalen Auslegung der Islamischen Lehre. Damit würden der öffentlichen Debatte über die Islamische Lehre und dem Verhaltenskodex der Muslime ein Sachverhalt und ein erlebbares Vitium als Grundlage geboten. Denn mit Bedauern las ich kürzlich, was die GEW-Funktionärin Sanan Kleff wiedergab: Islam-Debatten werden weniger sachlich als vielmehr emotional geführt. Auch Pädagogen zeigen Vorbehalte zum Thema Islam. Sanan Kleff, die seit zwölf Jahren Leiterin der bundesweiten Aktion »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« ist, äußerte weiterhin: Beim Thema Islam ginge es meistens um das Bild des vermeintlich miesen muslimischen Mannes, wie Zwangsehen, Beschneidung etc.! Aus all dem Gesagten wünsche ich mir, dass der Schritt seitens des Hamburger Senats bald reichliche Nachahmungen in anderen Bundesländern finden wird. Das fördert jene Wende in der Islamdebatte, die der ehrwürdige Gelehrte Wolfgang Benz einleitete, indem er öffentlich die Islamophobie mit dem Antisemitismus gleichsetzte.

Auch die grandiose Forschungsarbeit des »Corpus Coranikum« unter der Leitung der hochwürdigen Professorin Angelika Neuwirth ist von unermesslichem Wert für die Zukunft der Debatte über den Islam in seiner Beziehung zur jüdisch-christlichen Kultur. Zahlreiche Initiativen auf akademischen sowie zivilgesellschaftlichen Ebenen zum Zweck einer realen Wahrnehmung der wirkenden Kräfte und realen Verhältnisse können den Blick der Öffentlichkeit wie auch des deutschen Staates weiter im Dienste einer ausgewogenen Politik schärfen, die ihrerseits eine stabile deutsch-arabische Freundschaft zu fördern vermag und den Menschen hilft, Würde, Brot und Freiheit zu erlangen.

Dies ist ein langwieriger Prozess und wir im Verein der »Freunde der arabischen Kinematik e.V.« leisten unseren bescheidenen Beitrag durch das jährliche Festival »Al Film«. In unseren Zielsetzungen steht fest geschrieben: Vermittlung der arabischen Kultur in ihrer Vielfalt in der deutschen Gesellschaft, um Vorurteile abzubauen, Bewusstsein zu schärfen und Verständigung zu ermöglichen.

ISSAM HADDAD IST VORSITZENDER DER FREUNDE DER ARABISCHEN KINEMATIK E.V. UND LEITER DES ARABISCHEN FILMFESTIVALS »AL FILM« IN BERLIN ■

Die jüngste Tochter von Said K. spielt im Nebenzimmer ihrer Wohnräume im Heim für Asylsuchende mit einem Hello-Kitty-Luftballon. Auf der Flucht hatten sie nur das mit dabei, was sie am Leib getragen haben.

Oleg M. Regisseur und Autor in seiner Wohnung. Er genießt politisches Asyl. Hier fühlt er sich sicher, seine Brüder sind verschwunden, viele Menschen in Tschetschenien verschwinden. Er singt von der Liebe, auf Deutsch.

Türkei als Vorbild, Türkei als Brücke

Andrea Wenger im Gespräch mit Reinhard Baumgarten

Herr Baumgarten, die Staaten des sogenannten »Arabischen Frühlings« haben sich seit den epochalen Umbrüchen vor knapp zwei Jahren nicht so entwickelt wie viele das erwartet oder zumindest erhofft hatten. Was ist da falsch gelaufen?
In der Euphorie, dass die autokratischen Herrscher endlich verschwanden, ist schlicht übersehen oder ignoriert worden, mit welch gigantischen Problemen Länder wie Tunesien, Ägypten oder der Jemen zu kämpfen haben. Das sind eben nicht nur die über Jahrzehnte aufgenötigte politische Unmündigkeit und daraus resultierend auch eine Unerfahrenheit mit demokratischen Prozessen. Da sind vor allem die gewaltigen sozialen Verwerfungen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Seit dem Sturz Mubaraks in Ägypten beispielsweise ist das Land mit seinen mehr als 85 Millionen Menschen ökonomisch immer weiter abgestürzt.

In Ägypten haben sich ja islamistische Kräfte machtpolitisch sehr in den Vordergrund gespielt. Staatspräsident Mohammed Mursi hat versprochen, am Demokratisierungskurs festhalten zu wollen.
So wie er in den vergangenen Wochen vorgegangen ist, sind Zweifel mehr als berechtigt. Präsident Mursi ist den Beweis schuldig geblieben, dass sein Verständnis von Islam und Demokratie miteinander vereinbar sind. Religiöse Minderheiten und Frauen sollten herausragende Positionen einnehmen, hat er versprochen. Eingelöst hat er davon nichts. Gelegenheit und Zeit hatte er.

Die Türkei ist ein demokratisches Land mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung und qua Verfassung ein laizistischer Staat mit dem bekennenden muslimischen Präsidenten Abdullah Gül und dem gläubigen Regierungschef Recep Tayyip Erdoğan. Könnte die Türkei Vorbild für Ägypten und andere islamische Länder sein?
Die islamisch-konservative Regierung in Ankara wünscht sich von ganzem Herzen, dass die neuen Machthaber in den arabischen Ländern die Türkei als Vorbild sehen. Regierungschef Erdoğan und sein Außenminister Ahmed Davutoğlu haben sich im Laufe des vergangenen Jahres ziemlich ins Zeug gelegt, um ihr Regierungsmodell anzubieten. Der Erfolg war nur mäßig. In Ägypten ist Recep Tayyip Erdoğan von einem Teil der Muslimbrüder sogar öffentlich dafür gescholten worden, dass er den türkischen Laizismus vertreten hat. Lediglich in Tunesien und Libyen sind Herrn Erdoğans Offerten auf ein gewisses Interesse gestoßen.

Was ist denn modellhaft an der Republik Türkei?
Modellhaft ist das Verhältnis von Staat und Religion. Artikel 2 der türkischen Verfassung lautet: Die Republik Türkei ist ein im Geiste des Friedens der Gemeinschaft, der nationalen Solidarität und der Gerechtigkeit die Menschenrechte achtender, dem Nationalismus Atatürks verbundener und auf den in der Präambel verkündeten Grundprinzipien beruhender demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat.
Die Schlüsselwörter, um die es geht, lauten: demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat. Seit zehn Jahren regiert Recep Tayyip Erdoğan in der Türkei. Seit zehn Jahren mutmaßen seine Gegner, der 58-Jährige habe eine geheime Agenda mittels der er das Land in einen »islamischen Gottesstaats« verwandeln wolle. Seit zehn Jahren erlebt die Türkei einen beeindruckenden wirtschaftlichen Aufschwung. Das Pro-Kopf-Einkommen hat sich verdreifacht, das Bruttosozialprodukt mehr als verdoppelt. Die Türkei ist zur 16. größten Wirtschaftsnation der Welt aufgestiegen. Religiöse und ethnische Minderheiten haben heute mehr Rechte als vor 2002. Der Justizapparat wurde im Sinne der islamisch-konservativen APP reformiert, die Allmacht des Militärs demokratischen Prinzipien untergeordnet, das Land soll schon bald eine neue Verfassung bekommen. Neben den Fortschritten gibt es auch bedenkliche Entwicklungen. Beispielsweise sitzen in keinem Land der Welt – China und Iran eingeschlossen – so viele Journalisten im Gefängnis wie in der Türkei. Den Osten des Landes beherrscht die immer noch ungelöste Kurdenfrage. Mehr als 40.000 Menschen sind seit Beginn der 80er-Jahre in diesem bewaffneten Konflikt umgekommen.

Hat denn Regierungschef Erdoğan eine »geheime Agenda «?
Die Frage ist relativ leicht zu beantworten. Recep Tayyip Erdoğan tritt ganz offen und ohne Feigenblatt für einen islamisch-konservativen Umbau seines Landes ein. Das zeigen seine Reden, das offenbart seine Politik, dass spiegelt sich in Gesetzen und Verordnungen wider, und das dürfte auch in der neuen türkischen Verfassung seinen Niederschlag finden, an der gerade gearbeitet wird. Die spannende Frage wird lauten: Welche Rolle wird der Laizismus – also die Kontrolle religiöser Belange – in der Republik Türkei demnächst spielen? Wird das säkulare Prinzip der Trennung von Religion und Staat aufrechterhalten oder wird es mehr und mehr verwässert? Ministerpräsident Erdoğan tritt mehr als alle seine Vorgänger für eine »Rückbesinnung« auf islamische Werte in Familie, Gesellschaft und Erziehung ein. Religion tritt in Gesellschaft und Politik heute offener denn je als in den vergangenen 90 Jahren der Republik Türkei in Erscheinung.

Gleiches geschieht ja auch in den Ländern des sogenannten »Arabischen Frühlings«. Ist die Türkei hier Vorbild?
In diesem Sinne ist die Türkei sicher kein Vorbild. Restaurative Strömungen, die Heil und Rettung aus wirtschaftlicher Not, sozialem Elend und einer tiefen kulturellen Identitätskrise in einer »Rückbesinnung« auf islamische Werte suchen, gibt es in arabischen Ländern schon seit Jahrzehnten. Aber noch nie hatten sie so viel Oberwasser wie in diesen Tagen. Jahrzehntelang sind sie von diktatorischen Systemen mit westlichem Segen und brutalen Methoden in Schach gehalten worden. Die Gründe dieser »Rückbesinnung« auf islamische Werte sind in der Türkei in vielen Nuancen anders als in der Türkei.

Könnte denn die Türkei im Bereich Verfassungsstaatlichkeit Vorbild für arabische Länder im Umbruch sein?
Mit der derzeitig gültigen Verfassung sicher nicht. Sie ist Anfang der 80er-Jahre von Obristen geschrieben worden, die gegen eine zivile Regierung geputscht hatten und mit einem Regime des Schreckens die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten beenden wollten. Wegweisend – aber nicht uneingeschränkt vorbildlich – könnte die klare Trennung zwischen Staat und Religion sein. In der gegenwärtigen Verfassung werden beispielsweise zahlreiche religiöse Rechte eingeschränkt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat deshalb schon mehrfach Ankara aufgefordert, etwa die Rechte religiöser Minderheiten europäischen Standards anzupassen.

Die Türkei, sagen Sie, steht wirtschaftlich gut da. Die Länder des »Arabischen Frühlings« andererseits befinden sich wirtschaftlich in schwerer See. Was läuft in der Türkei besser?
Die Türkei hat viele Jahrzehnte gebraucht, um global gesehen zu einem nennenswerten Wirtschaftfaktor zu werden. Einen großen Schritt nach vorne hat das Land tatsächlich dann unter Regierungschef Erdoğan gemacht. Dessen Wirtschaftspolitik ist geprägt durch einen in Europa beispiellosen Neoliberalismus gepaart mit einer islamisch-konservativen Grundhaltung. Erdoğans Wirtschaftsleute werden zuweilen auch als islamische Kalvinisten bezeichnet. Aber diese Leute sind nicht nur einfach fromm und fleißig. Sie profitieren von dem im Vergleich zu arabischen Ländern insgesamt besseren Bildungssystem und der Anfang der 20er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts massiv angeschobenen Westorientierung der Türkei. Auch wenn asiatische Staaten immer stärker werden, die Globalisierung der Arbeitswelt ist eine westliche Erfindung und folgt deren Regeln. Die Staaten des »Arabischen Frühlings« mit ihren jungen, oftmals schlecht ausgebildeten Bevölkerungen drohen weiter abgehängt zu werden. Deshalb wollen viele – siehe Ägypten – ihr Heil in einem islamischen Utopia des 7. Jahrhunderts suchen, weil sie soziale Ungleichheiten und Wirtschaftsprobleme nicht mit zeitgemäßen Methoden lösen können.

REINHARD BAUMGARTEN IST HÖRFUNKKORRESPONDENT DER ARD IN ISTANBUL UND TEHERAN. ANDREA WENGER IST MITARBEITERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Der arabische Frühling aus westlicher Sicht

Wie werden die Umwälzungen in der arabischen Welt in Deutschland wahrgenommen? / Von Abderrahmane Ammar

Seit dem 11. September, bei dem auch deutsche Muslime Komplizen waren (Hamburger Zelle), war das Bild der islamischen Welt bei vielen Deutschen mit Gewalt verbunden. Diese negative Darstellung wird durch viele andere Faktoren verschärft, wie muslimische Migranten, die in Deutschland nicht gut integriert sind oder durch die Debatten über das Kopftuch, die Minarette usw. Aber viele Deutsche, die in den islamischen Ländern gewohnt haben oder diejenigen, die muslimische Freunde in Deutschland haben, können gut zwischen liberalen, aufgeklärten Muslimen und fundamentalistischen Muslimen unterscheiden und sie wissen, dass die Mehrheit der Muslime friedlich ist, nicht vier Frauen hat, keinen Bart oder kein Kopftuch trägt. Wenn man in den größten Städten wie Casablanca, Tunis, Kairo usw. ist, sieht man, dass die meisten Frauen studieren, arbeiten und ihr Schicksal selbst bestimmen. Viele deutsche Wissenschaftler haben in Publikationen erwähnt, dass der islamische Fundamentalismus nicht unbedingt aus religiösen Gründen entsteht, sondern aus sozialen und kulturellen. Weltweit findet der Fundamentalismus seine Nahrung in der Armut, Analphabetismus und Mangel an sozialer Sicherheit.

Jasmin Revolution und arabischer Frühling brechen viele Vorurteile

Als der arbeitslose Akademiker Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010 in Sidi Bouzid im Süden Tunesiens sich aus Protest selbst verbrannte, weil man ihm seinen Gemüsewagen wegnahm, haben viele Einwohner dieser Stadt ihre Solidarität gezeigt: Sie gingen auf die Straßen und veröffentlichten Videos, Kommentare in Netzwerken und förderten Gerechtigkeit im Land. Die Massendemonstrationen, die sich danach auf die Nachbarländer verbreiteten und den arabischen Frühling angeführt haben, haben nicht nur die dort herrschenden diktatorischen Führungen überrascht, sondern auch die westliche Welt. Der arabische Frühling hat die Deutschen begeistert und sie haben ihm viel Aufmerksamkeit gewidmet, weil die Regimeputsche friedlich waren und zivilgesellschaftliches Engagement junger Generation zum Wandel führte. Die Revolution hatte keine religiöse Bedeutung oder Grundlage und war nicht gegen den Westen gerichtet wie die iranische Revolution.

Der arabische Frühling und der Mauerfall

Darüber hinaus lässt der arabische Frühling viele Deutsche an ihre Vergangenheit erinnern und viele machten Vergleiche zwischen dem arabischen Frühling und den Montagsdemonstrationen in Leipzig (9. Oktober 1989) und der Berliner Mauer (9. November 1989). Viele Journalisten wie auch Akademiker, Politiker und Bürger sehen die Diktatoren in den arabischen Ländern wie die Berliner Mauer, die man durch starken Willen und Mut abgeschafft hat. Sidid Bouzid in Tunesien, der Tahrir-Platz (Platz der Befreiung) in Ägypten und andere Orte sind weltweit genauso wie die Berliner Mauer Symbole für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde. Denn eine Revolution oder eine Revolte zu machen ist keine einfache Sache. Die Jugendlichen müssten vorher viele Revolten gemacht haben, bevor sie auf die Straße gegangen sind: eine innerliche Revolution in ihren Gedanken und gegen ihre Ängste, eine Revolte gegen das Elternhaus und eine Revolte im politischen Feld. Es gibt keine Eltern, die ihren Kindern zumuten auf die Straße zu gehen, um das Regime zu ändern, vor allem, nachdem viele Aktivisten in den vergangenen Jahren ums Leben gekommen sind oder ins Ausland fliehen mussten, weil sie die totalitären Systeme in ihren Ländern ändern wollten. Darüber hinaus werden die Jugendlichen von den älteren Generationen unterdrückt; man hat ihr Engagement als Bedrohung gegen die alten Normen und Muster gesehen. Die Massendemonstrationen in erster Linie von jüngern Generationen, die eine eigene Lebensart entwickeln wollen und Neues gestalten. Dies könnte man mit der 1896 in Deutschland gegründeten Jugendbewegung »Wandervogel« vergleichen.

Deutsche Akademiker: Der Frühling bedeutet mehr als ein Systemwechsel

In fast allen orientalischen Gesellschaften herrscht das Motto: »Ich bin mit meinem Bruder gegen meinen Onkel, und ich bin mit meinem Onkel gegen die Fremde!« Dieses Motto oder Überzeugung wird zwar als Strategie verwendet, die Familie/das Dorf zu verteidigen, dies wird aber auch in der politischen Praxis verwendet. Der Historiker Ibn Khaldūn, (1332-1406) betont in seinem Buch »Al-Muqaddima« (die Einführung in die Weltgeschichte) die Rolle der ʿAṣabiyya (Stammeszugehörigkeit) in den islamischen Ländern. In allen arabischen und islamischen Ländern ist Religion, Politik und Wirtschaft nicht voneinander zu trennen, denn diese Felder hängen von den starken Stämmen ab. Wer die politische Macht innehat, versucht für seine Familie, sein Dorf oder seinen Stamm so viele wirtschaftliche Quellen wie möglich zu sichern, weil durch die wirtschaftlichen Güter die Politik wieder dominiert wird. Der Glaube ist immer anwesend auf dem politischen Feld, um die Macht zu legitimieren. Sogar viele Ehen werden aus wirtschaftlichen und politischen Gründen geschlossen. Wenn zwei Stämme Frauen tauschen, so ist dies ein Zeichen für politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Diese Gewohnheiten gelten auch in den politischen Parteien, und jede Partei funktioniert wie ein Stamm.

Lässt die Begeisterung nach?

Aus deutscher Sicht (westlicher Sicht) und trotz der Begeisterung der Deutschen gegenüber dem arabischen Frühling und dem Engagement der Jugendlichen für Demokratisierung und den Modernisierungsprozess, sieht man einen kritischen Punkt: nämlich den Mangel an politischer Praxis der Jugendlichen, die Dominanz der Gefühle und die utopischen Gedanken. Der Mangel an politischer Praxis führe dazu, dass die islamistischen Parteien, die gut organisiert sind, davon profitiert und die Wahlen gewonnen haben, obwohl sie nicht am Anfang des Frühlings aktiv waren. Das Problem vieler Freiheitsaktivisten ist, dass sie es noch nicht geschafft haben, ihre Gefühle zu kontrollieren und sie lassen sich von den Gefühlen leiten. Wenn sie wütend sind, reagieren sie sofort, ohne sich vorher viele Gedanken darüber gemacht zu haben.

Die Abschaffung der Diktatoren reicht nicht allein!

Sofort die Wut zeigen, schreien, und wenn es sein muss, schlagen oder schimpfen, empfindet man im Allgemeinen in den orientalischen Kulturen als Stärke. Man hat gesehen, wie viele »Revolutionäre« mit den Anhängern des alten Regime umgegangen sind, wie Gaddafi und seine Anhänger, oder Mubarak und seine Anhänger usw.: Man hat sie ohne Barmherzigkeit behandelt. Wut und Gewalt waren auch in den letzten Jahren unter Sunniten und Schiiten stärker geworden, vor allem in Irak und Bahrain. Aristoteles, der in der islamischen Philosophie eine große Rolle im Mittelalter gespielt hat, sagte: »Jeder kann wütend werden, das ist einfach. Aber wütend auf den Richtigen zu sein, im richtigen Maß, zur richtigen Zeit, zum richtigen Zweck und auf die richtige Art, das ist schwer«. Das ist genau das, was die Muslime lernen müssen: wütend auf den Richtigen zu sein, im richtigen Maß, zur richtigen Zeit. Der Weg zur Demokratie passiert nicht allein durch die Abschaffung der Diktatoren. Der Demokratisierungsprozess erfordert psychologische, mentale und spirituelle Elemente, der Toleranz, Respekt für andere, Akzeptanz von Unterschieden, Vernichtung der Rache, über die Zukunft nachzudenken und sich vom Gefängnis der Vergangenheit befreien.
Der arabische Frühling ist aber ein guter Anfang und der Weg zur Demokratie ist ein langer Prozess, der nicht heute auf morgen zu realisieren ist.

ABDERRAHMANE AMMAR IST MAROKKANISCHER ISLAMWISSENSCHAFTLER UND JOURNALIST BEI DER DEUTSCHEN WELLE IN BONN ■

Oleg M. beim Abendgebet im Schlafzimmer seiner Zwei-Raum-Wohnung. Eine ältere Dame hat die Wohnung vorher bewohnt, die Miete ist günstig. In Grozny war er früher mal beim Fernsehen und moderierte ein Kulturprogramm.

Rasul D. ist mit einem Freund verabredetet, um Sonnenblumenkerne zu essen und sich auszutauschen. Rasul leidet an PTBS. Kriegstraumata haben diese Erkrankung ausgelöst, deshalb kann er auch nicht die Schule besuchen.

Kunst und Kultur gehören zur religiösen Bildung

Gabriele Schulz im Gespräch mit Erol Pürlü

Am 3. Oktober 2012 stand der Tag der offenen Moschee unter dem Motto »Islamische Kunst und Kultur«. Gabriele Schulz fragte den Sprecher des Koordinationsrates der Muslime Erol Pürlü, wie es zu dieser Themensetzung kam und wie sie aufgenommen wurde.

Herr Pürlü, dieses Jahr stand der Tag der Offenen Moscheen ganz im Zeichen der Islamischen Kunst und Kultur. Wie kam es zu dieser Themenwahl?
Ich möchte vorausschicken, dass der Tag der offenen Moschee seit 2007 unter der Leitung des Koordinationsrates der Muslime durchgeführt wird. Jedes Jahr wird ein Thema als verbindendes Element gewählt. Im Jahr 2013 haben wir uns für das Thema Islamische Kunst und Kultur entschieden, zum einen um die unterschiedlichen Facetten des Islams zu zeigen und zum anderen um die ästhetische und die künstlerische Dimension des Islams den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland näher zu bringen.

Wie ist das Thema angenommen worden?
In diesem Jahr hatten wir einen sehr regen Besuch. Die Moscheegemeinden haben allerdings nicht nur eingeladen, sondern viele von ihnen haben zusätzlich Ausstellungen gemacht, Aufführungen oder unterschiedliche Programme angeboten, so dass die Besucher sich ein gutes und schönes Bild von der islamischen Kunst und Kultur machen konnten.

Gehörte auch zu Ihren Anliegen, die Vielfalt der islamischen Welt zu zeigen?
Selbstverständlich. Der Tag der Offenen Moschee zielt darauf ab, Begegnung zu schaffen und über den Islam sowie das muslimische Leben in Deutschland aufzuklären. Dafür ist es wichtig, die unterschiedlichen Facetten des Islams zu zeigen.

Welche Bedeutung hat die Vermittlung islamischer Kunst und Kultur in den Moscheen? Ist dies auch ein Thema außerhalb spezifischer Veranstaltungen wie dem Tag der offenen Moschee und wird als eine Aufgabe der Moscheegemeinden gesehen?
Der 3. Oktober ist der bundesweite Tag der offenen Moschee. Aber auch an anderen Tagen kommen sehr viele Schülergruppen, Gruppen aus kirchlichen Einrichtungen oder anderen Organisationen, um sich über Moscheen und über den Islam zu informieren. Die Moscheen öffnen ihre Türen also auch an den 364 anderen Tagen. Das Angebotsspektrum unterscheidet sich von Moschee zu Moschee. Manche Moscheegemeinden veranstalten zum Beispiel Wohltätigkeitsbasare, bei denen ein Einblick in die islamische Kunst und Kultur vermittelt wird.

Was Sie eben geschildert haben, richtet sich eher an die nicht-muslimische Bevölkerung. Haben Moscheen auch eine Aufgabe oder Bedeutung bei der Vermittlung islamischer Kunst und Kultur an Muslime? Die Kirchen sehen sich gefordert, ihre Musik oder Kunst auch an die eigenen Gläubigen weiterzugeben. Haben Moscheegemeinden vergleichbare Aufgaben in der Tradierung der islamischen Kunst und Kultur an ihre Mitglieder?
Sicherlich. Die erste Aufgabe der Moscheegemeinden ist die religiöse Bildung für die Gemeindemitglieder. Dazu gehört zum Beispiel die Vermittlung von Inhalten der islamischen Religion, Glaubensinhalten und Glaubenspraktiken. Darüber hinaus wird beispielsweise ebenso die Rezitation des Korans muslimischen Kindern und Jugendlichen vermittelt. Hier kommen sie über die spezifischen Rezitationsregeln in Berührung mit islamischer Kunst und Kultur. Ebenso bieten Moscheegemeinden Kurse in Kalligraphie, Ebru-Kunst, eine Art Ölmalerei auf Wasser, an oder ermöglichen die Auseinandersetzung mit der klassischen Ornamentik. Viele finden über diese Beschäftigung mit islamischer Kunst und Kultur einen Zugang zu anderen Kunstformen.

Herr Pürlü, haben Sie herzlichen Dank für das Interview.

EROL PÜRLÜ IST SPRECHER DES KOORDINATIONSRATS DER MUSLIME. GABRIELE SCHULZ IST STELLVERTRETENDE GESCHÄFTSFÜHRERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Lesetipps

Für alle diejenigen, die zum Islam in Deutschland weiterlesen möchte, haben wir, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, ein paar Lesetipps aus den Jahren 2011 und 2012 zusammengestellt.

- Nasr Hamid Abu Zaid, Hilal Sezgin: Der Koran und die Zukunft des Islam. Die Basis einer Weltreligion. Verlag Herder 2011
- Jim Al-Khalili: Im Haus der Weisheit. Die arabischen Wissenschaften als Fundament unserer Kultur. S. Fischer Verlag 2012
- Patrick Bahners: Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam. Eine Streitschrift. dtv 2012
- Wolfgang Benz: Die Feinde aus dem Morgenland: Wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet. C.H. Beck 2012
- Rachid Benzine: Islam und Moderne. Die neuen Denker. Verlag der Weltreligionen 2012
- Markus Hattstein: Islam. Kunst und Architektur. H.f. ullmann publishing 2011
- Peter Heine: Märchen, Miniaturen, Minarette. Eine Kulturgeschichte der islamischen Welt. Primus 2011
- Tom Holland: Im Schatten des Schwertes. Mohammed und die Entstehung des arabischen Weltreichs. Klett-Cotta 2012
- Karl Jaros: Der Islam. Historische Grundlagen und Glaubenslehre. UTB 2012
- Lamya Kaddor: Muslimisch – weiblich – deutsch. dtv 2011
- Mouhanad Khorchide: Islam ist Barmherzigkeit. Grundzüge einer modernen Religion. Verlag Herder 2012
- Gudrun Krämer: Demokratie im Islam. C.H-Beck 2011
- Rüdiger Lohlker: Islamisches Recht. UTB 2011
- Hendrik Meyer, Klaus Schubert (Hg.): Politik und Islam. VS Verlag für Sozialwissenschaften 2011
- Katharina Mommsen: Goethe und der Islam. Insel Verlag 2011
- Mathias Rohe: Das islamische Recht. C.H. Beck 2011
- Annemarie Schimmel: Allah, Koran und Ramadan. Patmos Verlag 2012
- Hilal Sezgin: Manifest der Vielen. Blumenbar Verlag 2011
- Adam J. Silverstein: Islamische Geschichte. Philip Reclam 2012
- Nicolai Sinai: Die Heilige Schrift des Islams. Die wichtigsten Fakten zum Koran. Verlag Herder 2012
- Michael Thumann: Der Islam-Irrtum. Europa und die muslimische Welt. Eichborn 2011
- Jürgen Todenhöfer: Feindbild Islam. Zehn Thesen gegen den Hass. C.H. Bertelsmann 2011
- Fabian Wahl: Der Islam in den Medien. Tectum Verlag 2011
- Stefan Weidner: Aufbruch in die Vernunft. Islamdebatten und islamische Welt zwischen 9/11 und den arabischen Revolutionen. J. H. Dietz 2011
- Hans-Jürgen Wensierski, Claudia Lübcke: Als Moslem fühlt man sich hier auch zu Hause. Biographien und Alltagskulturen junger Muslime in Deutschland. Verlag Barbara Budrich 2012
- Charlotte Wiedemann: Ihr wisst nichts über uns! Meine Reisen durch einen unbekannten Islam. Verlag Herder 2012
- Olaf Zimmermann, Theo Geißler (Hg.): Kulturelle Vielfalt leben: Chancen und Herausforderungen interkultureller Bildung - Aus Politik & Kultur 8. Deutscher Kulturrat 2012

Rasul D. betet in seinem Zimmer. Schlafen und sich konzentrieren kann er nur schwer wegen seiner Posttraumatischen Belastungsstörung. Die verpackte Couch ist ein Geschenk für seine verabredete Hochzeit. Momentan schreibt Rasul ein Märchen.

Islam · Kultur · Politik

Islam · Kultur · Politik ist eine regelmäßige Beilage zur Zeitung Politik & Kultur des Deutschen Kulturrates. Sie ist eine Kooperation des Deutschen Kulturrates und der Robert Bosch Stiftung.
Die Beilage erschien seit 2011 bis zu drei Mal jährlich. Diese siebte Ausgabe bildet den Anschluss der Reihe.

Die Beilage Islam · Kultur · Politik soll die Debatte um die Rolle des Islams in Deutschland vertiefen. Es geht dabei zum einen um eine Auseinandersetzung um die Wirkungen der muslimischen Religion auf Kultur und Lebensweise der hier lebenden Menschen. Zum anderen soll der politische Umgang mit dem Islam beziehungsweise mit Muslimen beleuchtet werden. Damit soll die Debatte um den Islam und um Muslime in Deutschland versachlicht und für ein friedliches Zusammenleben der Menschen verschiedener Religionen und unterschiedlicher Kulturen geworben werden. Der Deutsche Kulturrat versteht Islam · Kultur · Politik zudem als einen Beitrag zur Umsetzung der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung kultureller Ausdrucksformen.

Bisherige Schwerpunkte waren:

· Dossier Islam • Kultur • Politik in Ausgabe 1/2011 von Politik & Kultur (40 Seiten), anhand von fünf Schwerpunktthemen (Islamische Vielfalt, Judentum Christentum Islam, Bildung Religion Glaube, Wissen über den Islam – Wissen des Islams, Islam in den Medien, Zusammenleben in Deutschland) wurde sich umfassend mit dem Verhältnis von Islam, Kultur und Politik auseinandergesetzt ·

· Dossier Islam • Kultur • Politik in Ausgabe 3/2011 von Politik & Kultur (8 Seiten), die im vorangegangenen Dossier aufgeworfenen Fragen wurden vertieft, einen Schwerpunkt bildete die auswärtige Kulturpolitik in islamischen Ländern. ·

· Dossier Islam • Kultur • Politik in Ausgabe 5/2011 von Politik & Kultur (8 Seiten), „Der Bruch des 11. September 2001 als Chance für einen kulturellen Aufbruch“: die inhaltlichen Schwerpunkte des Dossiers fokussieren die Themen „9/11: Philosophische und religiöse Einschätzungen“, „Politischer Umgang mit 9/11“, „9/11 als Medienereignis“ und „Kulturelle Aufarbeitung der Anschläge“.

· Dossier Islam • Kultur • Politik in Ausgabe 1/2012 von Politik & Kultur (8 Seiten) widmete sich Fragen der Lebenswelten muslimischer Jugendliche in Deutschland.

· Dossier Islam • Kultur • Politik in Ausgabe 1/2012 von Politik & Kultur (8 Seiten) ging der Frage nach, ob eine muslimische Zivilgesellschaft überhaupt existiert und wenn ja, wie diese ausgestaltet ist.

· Dossier Islam • Kultur • Politik in Ausgabe 5/2012 von Politik & Kultur (6 Seiten) beschäftigte sich mit der polarisierenden Rolle und den städtebaulichen Herausforderungen der Moscheebauten in Deutschland.

OLAF ZIMMERMANN , GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES UND HERAUSGEBER VON POLITIK UND KULTUR. OLAF HAHN IST DIREKTOR DES PROGRAMMBEREICHS BILDUNG, GESELLSCHAFT UND KULTUR DER ROBERT BOSCH STIFTUNG ■

Inhaltsverzeichnis

1 Gleichberechtigung für Muslime schaffen
VON KATAJUN AMIRPUR

2 Zwei Jahre spannende Debatten
VON OLAF ZIMMERMANN
UND OLAF HAHN

3 Aufklärung ist der Schlüssel zur Verständigung
GABRIELE SCHULZ IM GESPRÄCH MIT AIMAN MAZYEK

4 Wie die Angst vor dem Islam die Demokratie gefährdet
VON WOLFGANG BENZ

5 Ohne Null ist alles Nichts
VON MAX FUCHS

6 Warum ist es so schwer, religiöse Vielfalt zu leben?
VON THOMAS GROSSBÖLTING

7 Einen reflexiven Zugang zur eigenen Religion ermöglichen
VON MOUHANAD KHORCHIDE
UND MILAD KARIMI

8 Heterogen und differenziert
VON ISSAM HADDAD

9 Türkei als Vorbild, Türkei als Brücke
ANDREA WENGER IM GESPRÄCH MIT REINHARD BAUMGARTEN

10 Der arabische Frühling aus westlicher Sicht
VON ABDERRAHMANE AMMAR

11 Kunst und Kultur gehören zur religiösen Bildung
GABRIELE SCHULZ IM GESPRÄCH MIT EROL PÜRLÜ

11 Lesetipps

Islam · Kultur · Politik

Regelmäßige Beilage zu Politik & Kultur
ISSN 2191-5792

Erscheint als Beilage zur Zeitung Politik & Kultur, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler. Die Beilage wird in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung herausgegeben.

Deutscher Kulturrat
Chausseestraße 103
10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14
Fax: 030/24 72 12 45
www.kulturrat.de
E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion:
Olaf Zimmermann (verantwortlich), Gabriele Schulz, Stefanie Ernst, Olaf Hahn

Redaktionsassistenz:
Carolin Ries, Tatjana Gridnev, Verena Schmidt

Verlag:
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout:
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. oder der Robert Bosch Stiftung wieder.

Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht in allen Fällen gelingt es uns, die Bildautoren ausfindig zu machen. Wir freuen uns daher über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten erreichbaren Ausgabe von Politik und Kultur nennen.

Gefördert aus Mitteln der Robert Bosch Stiftung.